

Der Brunnerbrief

No. 02/2019 – 01.02.2019



Am Donnerstag gedachten wir der Befreiung des KZs Auschwitz durch die Rote Armee vor 74 Jahren. Wie immer ein bewegender Moment und ein Tag, der mir Kraft gibt, alles dafür zu tun, dass sich solch ein Grauen nie wiederholt!

Nein zu automatisierten Kampfrobotern!

Es klingt abgedroschen, doch hin und wieder zeigt das Bohren dicker Bretter tatsächlich Erfolge in der Politik: Seit vielen Monaten arbeiten einige Fraktionskollegen mit mir daran, sogenannte „letale autonome Waffensysteme“ (auch LAWS genannt) zu verbieten. Hinter dieser Bezeichnung verbergen sich, plakativ gesprochen, Kampfroboter, die ausschließlich von Algorithmen gesteuert werden. Das umfasst unter anderem Drohnen. Ebenso können es aber panzerartige Fahrzeuge oder kleine U-Boote sein. Die Gefahr besteht, dass der die Maschine steuernde Algorithmus in absehbarer Zukunft auch die Entscheidung trifft, auf einen feindlichen

Soldaten zu feuern oder nicht. Mit anderen Worten: Die Entscheidung des Tötens wird aus der Hand des Menschen an die Software delegiert. Dies lehne ich strikt ab – aus ethischen Gründen, aber auch rechtliche Fragen sind noch völlig ungeklärt: Etwa wer für eine möglicherweise tödliche Fehlentscheidung des Algorithmus haftet; der Kommandant, der Programmierer, der Hersteller, die Maschine selbst?

In dieser Woche hat nun unsere Bundestagsfraktion ein von mir ausgearbeitetes Positionspapier verabschiedet (nachzulesen [hier](#)). Das ist ein guter und wichtiger Schritt – aber es darf dennoch nicht mehr als der Auftakt sein: Einige Staaten, die USA und China allen voran, forschen intensiv an der Entwicklung solcher Waffensysteme. Ein verheerender Rüstungswettlauf wäre die Folge, wenn



www.facebook.com/Brunner.SPD

nicht zeitnah völkerrechtlich verbindliche Schranken definiert werden, die diese Technologie nachvollziehbar begrenzen. Es warten also noch einige Bretter auf uns.

Mehr Geld für Azubis

Ein Problem des Fachkräftemangels in unserem Land ist sicherlich die Tatsache, dass zu wenige junge Menschen bereit sind, eine Ausbildung zu beginnen. Zu einem großen Teil ist daran auch die geringe Bezahlung der Azubis schuld. Das wollen wir ändern!

Wir haben uns schon in den Koalitionsverhandlungen für eine ordentliche Vergütung der Auszubildenden ausgesprochen und weiter Druck gemacht, dass die Bundesministerin für Bildung, Anja Karliczek von der CDU, endlich eine zufriedenstellende Lösung erarbeitet. Leider ist der nun vorgelegte Gesetzesentwurf für uns nicht hinnehmbar, da er Auszubildende immer noch schlechter stellt, als beispielsweise Schüler, die Schüler-Bafög beziehen.

Wir fordern daher eine Mindestausbildungsvergütung, die sich an den Tarifentwicklungen orientiert. Ein Azubi soll künftig mindestens 80 Prozent der tariflichen Ausbildungsvergütung bekommen, nur so ist ein echter Mindestlohn für Auszubildende garantiert. Denn immerhin arbeiten auch sie fleißig am Erfolg ihres Betriebs mit.

Landesparteitag

Der Parteitag ist vorbei und weiter zieht die Karawane. Die Richtung: Noch etwas kompromissloser, vor allem in der Ablehnung sozialdemokratischer Bundespolitik. Deutlich ist die Analyse: Berlin ist an allem schuld. So nahmen sicher manche Teilnehmer, Betrachter und viele Mitglieder den Parteitag der BayernSPD wahr. Mir ist das zu einfach!

Für die Fragen des Wohin, des Warum, des Womit blieb durch die vielen Anträge am Ende wenig Zeit. Schade! Vielmehr mussten wir die großen Zukunftsfragen vertagen, dabei müssen und wollen wir die Partei erneuern und letztendlich müssen wir Visionen entwickeln. Das beinhaltet auch die Frage, ob wir organisatorisch weg von einem Landesvorstand wollen. All das bleibt nun Aufgabe einer hundertköpfigen Kommission.

Ob sie diese Herkulesaufgabe lösen kann, wird das nächste Jahr zeigen. Dabei ist eine für unsere Region wichtige Personalentscheidung fast untergegangen. Aus meinem Wahlkreis wurde neben dem Jusovertreter Tobias Auinger nun neu Daniel Fürst mit dem viertbesten Ergebnis aller Beisitzer in den Landesvorstand gewählt.

Wünschen wir Daniel für seine neue Aufgabe viel Glück und nutzen wir diese Chance: Unseren Teil dazu beizutragen, der Sozialdemokratie wieder die Rolle zu verschaffen, die unsere Region, die unser Land braucht.

Meinung & Kontakt

Über Lob, Kritik und Anmerkungen freue ich mich! Du kannst mich per E-Mail unter karl-heinz.brunner@bundestag.de oder per Post unter der Adresse

Karl-Heinz Brunner MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

erreichen. Die Türen meines Wahlkreisbüros in Neu-Ulm stehen zudem jederzeit offen.



www.facebook.com/Brunner.SPD

